

Referendum gegen das Bundesgesetz vom 18. März 2016 betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF).

Im Bundesblatt veröffentlicht am 29.03.2016.

Die unterzeichnenden stimmberechtigten Schweizer Bürgerinnen und Bürger verlangen, gestützt auf Art. 141 der Bundesverfassung und nach dem Bundesgesetz vom 17. Dezember 1976 über die politischen Rechte, Art. 59a-66, dass das Bundesgesetz vom 18. März 2016 betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) der Volksabstimmung unterbreitet werde.

Auf dieser Liste können nur Stimmberechtigte unterzeichnen, die in der genannten politischen Gemeinde in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind. Bürgerinnen und Bürger, die das Begehren unterstützen, mögen es handschriftlich unterzeichnen. Wer bei einer Unterschriftensammlung besticht oder sich bestechen lässt oder wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung für ein Referendum fälscht, macht sich strafbar nach Art. 281 beziehungsweise nach Art. 282 des Strafgesetzbuches.



PLZ	Gemeinde	Kanton

Nr	Vornamen und Nachname (Eigenhändig, möglichst in Blockschrift)	Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Unterschrift	Kontrolle (Leer lassen)
1					
2					
3					

Ablauf der Referendumsfrist: 07.07.2016

Die unterzeichnete Amtsperson bescheinigt hiermit, dass obenstehende _____ (Anzahl) Unterzechnerinnen und Unterzeichner in eidgenössischen Angelegenheiten stimmberechtigt sind und ihre politischen Rechte in der erwähnten Gemeinde ausüben.

Ort: _____ Eigenhändige Unterschrift: _____

Datum: _____ Amtliche Eigenschaft: _____

Die Liste ist vollständig oder teilweise ausgefüllt zurückzusenden bis spätestens 15.06.2016 an das Referendumskomitee: Referendum Stop BÜPF, Freiheitliches Komitee gegen den Überwachungsstaat, Röschibachstr. 26, 8037 Zürich, das für die Stimmrechtsbescheinigung besorgt sein wird.

Weitere Unterschriftenlisten können bezogen werden über: <https://uberwachungsstaatnein.ch>

Amtstempel



Referendum gegen das Bundesgesetz betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF).

Nein zum Überwachungsstaat

Unverhältnismässig ist die präventive und anlasslose Vorratsdatenspeicherung von Randdaten sämtlicher Einwohnerinnen und Einwohnern des Landes.

Massive Ausweitung, denn neu müssen WGs, KMUs, Restaurants ihre WLAN-Nutzer überwachen.

Masslos ist der Einsatz von Staatstrojanern bereits bei relativ geringen Delikten wie Diebstahl und schwerer Sachbeschädigung.

Gefährlich, denn Staatstrojaner bieten Kriminellen Eingangstore in private und geschäftliche Computer.



B

Nicht frankieren
Ne pas affranchir
Non affrancare

Geschäftsantwortsendung Invio commerciale-risposta
Envoi commercial-réponse

Referendum Stop BÜPF
Freiheitliches Komitee gegen den
Überwachungsstaat
Röschibachstr. 26
8037 Zürich